



Express

Strompreise steigen 2020 leicht an

BERN Die Schweizer Strompreise werden im kommenden Jahr leicht ansteigen. Ein typischer Haushalt wird 20,7 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) bezahlen. Das ist ein Prozent mehr als im Vorjahr. Auf das Jahr gerechnet sind es rund neun Franken mehr. Ein Haushalt mit einem Verbrauch von 4500 kWh wird damit eine Jahresstromrechnung von rund 932 Franken haben. Das hat die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) gestern mitgeteilt. Sie hat dafür die Elektrizitätsstarife der rund 650 Schweizer Netzbetreiber für das nächste Jahr zusammengetragen. Demnach erhöhen 66 Prozent der Netzbetreiber die Tarife, 34 Prozent reduzieren sie. *sda*

Siemens verlangt für Anleihen Negativzins

MÜNCHEN Siemens verdient Geld mit der Aufnahme von Schulden. Der Konzern habe Anleihen über 3,5 Milliarden Euro zu teils negativen Renditen ausgegeben, schreibt das Unternehmen. So hat Siemens Investoren Papiere mit Laufzeiten von zwei, fünf, zehn und fünfzehn Jahren unterbreitet. Die Nachfrage der Anleger war mehr als viermal so hoch wie das Angebot, sodass diese teils draufzahlten: Die zweijährige Anleihe habe bei der Ausgabe eine Rendite von minus 0,315 Prozent gehabt und die fünfjährige eine von minus 0,207 Prozent. *sda*

Einkaufstourismus soll geregelt werden

BERN Gegen den Einkaufstourismus ins nahe Ausland ist erneut ein Vorstoss lanciert worden. Die Finanzkommission des Nationalrats verlangt, den Mindestbetrag herabzusetzen, bis zu dem für Einkäufe im Ausland keine Mehrwertsteuer bezahlt werden muss. Diese Wertgrenze liegt heute bei 300 Franken pro Person und Tag. Wird der Betrag überschritten, muss für den gesamten Warenwert die Mehrwertsteuer bezahlt werden. *sda*

China will eine Kryptowährung

PEKING Das kurz vor seiner Premiere stehende Digitalgeld Chinas wird Ähnlichkeiten mit der geplanten Facebook-Kryptowährung Libra haben. Dies kündigte der für den Bereich Zahlungsverkehr zuständige Vizedirektor der Notenbank, Mu Changchun, laut der staatlichen Zeitung «Shanghai Securities News» an. Die Kryptowährung werde zwar einige Gemeinsamkeiten mit Libra von Facebook aufweisen, jedoch keine Kopie sein. *sda*

H&M will kein Leder mehr aus Brasilien

STOCKHOLM Der Textilhändler H&M will vorerst kein Leder mehr aus Brasilien kaufen. «Aufgrund der schweren Brände im brasilianischen Teil des Amazonas-Regenwaldes und der Verbindungen zur Viehzucht haben wir beschlossen, Leder aus Brasilien zu verbieten», schreibt das Unternehmen. *sda*

Für Extrazuschlag bei Frauensalären

Über eine zweiprozentige generelle Erhöhung der Einkommen hinaus verlangt der Schweizerische Gewerkschaftsbund ein Plus von mindestens 50 Franken für jede berufstätige Frau.

Robert Mayer

BERN Nachholbedarf – kein anderes Wort ging den Gewerkschaftsvertretern öfter über die Lippen, als sie gestern in Bern ihre Forderungen für die Lohnrunde 2019/20 präsentierten. Aufzuholen gilt es nach ihrem Dafürhalten in zweierlei Hinsicht: einmal bei der Kaufkraft der Arbeitnehmenden, nachdem die Löhne in den Jahren 2017 und 2018 inflationsbereinigt gesunken sind. Zum anderen bei den Frauenlöhnen, die weiterhin merklich hinter den Salären männlicher Beschäftigter hinterherhinken.

Aus dieser Bestandsaufnahme leiten die Mitgliedsverbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ihr Forderungspaket ab: Generelle Lohnerhöhungen von 2 Prozent sowie darüber hinaus ein zusätzlicher Lohnzuwachs für Frauen.

Die Gewerkschaft Unia will in den von ihr betreuten Branchen – etwa im Detailhandel, in der Maschinen- und Metallindustrie sowie der Chemie- und Pharmabranche – ein Lohnplus für Frauen von monatlich mindestens 50 Franken verlangen. Syndicom, welche die Branchen Medien, Logistik sowie Informations- und Kommunikationstechnik abdeckt, nannte gestern keine konkrete Zahl für die Anhebung der Frauenlöhne.

Spielraum vorhanden

Mit seiner 2-Prozent-Vorgabe liegt der SGB gleichauf mit den Lohnforderungen des Arbeitnehmerdachverbands Travailssuisse, die dieser bereits Mitte August vorgelegt hatte. Von einer Zusatzforderung betreffend die Frauenlöhne hatte Travailssuisse abgesehen.

«In einem Land, das in den letzten zwei Jahren ein starkes Wirtschaftswachstum, hohe Gewinnmargen der Firmen, eine moderate Arbeitslosigkeit, deutliche Überschüsse der öffentlichen Hand und gleichzeitig Reallohnsenkungen kannte, gibt es Spielraum für Lohnerhöhungen», machte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard vor Medienvertretern deutlich.

Angesichts aufkeimender Rezessionsängste plädierte Maillard dafür, auf bewährte Instrumente zur Ankerbelung der Wirtschaft zu setzen: «Lohnerhöhungen und die Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit». Dies sei anderen Ideen klar vorzuziehen, wie etwa der Verteilung von Geld direkt an die Bevölkerung – das sogenannte Helikoptergeld.

Propos Rezessionsängste: Aus Sicht von Daniel Lampart, Chefökonom des SGB, wird die Lage in der Schweiz «zu schwarz gemalt». Gewiss sei 2019 «kein Superjahr». Gleichzeitig suchten die Firmen aber so viele Arbeitskräfte wie nie in den letzten zehn Jahren. Lampart verwies ferner auf die Umfragen der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, denen zufolge nahezu alle Branchen ihre Geschäftslage als gut oder zumindest befriedigend einstufen.

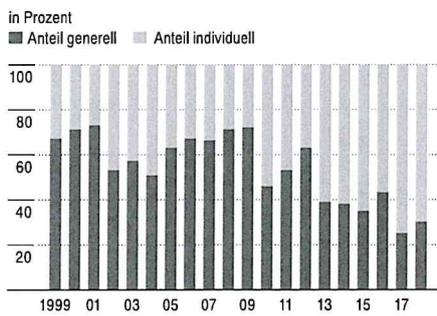
Die Industrie habe sich zuletzt abgekühlt, räumte der SGB-Chefökonom ein. Das gelte insbesondere für die Zulieferer der deutschen Autohersteller. Doch selbst hier hätten sich die Geschäftserwartungen laut



Auch Frauen im Gesundheitswesen sind vergleichsweise schlecht bezahlt.

Bild: Keystone

Generelle und individuelle Lohnerhöhungen in Gesamtarbeitsverträgen



Gratik: ake/Quelle: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Lohnforderungen für Unia-Branchen

Alle Branchen	+2% generell zusätzlich +50 Franken für Frauen
Ausbaugewerbe	+2% generell Mindestloohnerhöhung um 2%
Detailhandel	+2% generell
Tankstellenshops	Mindestloohnerhöhung um 150 Franken Einführung Mindestlohn im Tessin
Coiffeurgewerbe	Einführung 13. Monatslohn
Gastgewerbe	Mindestloohnerhöhung um 2%
Chemie/Pharma	+120 Franken (x13) oder 2% generell zusätzlich 200 Franken (x13) für Frauen +100 Franken (x13) für Lernende

Gratik: ake/Quelle: Unia

den KOF-Umfragen stabilisiert, und die Industriefirmen rechneten für die kommenden Monate wieder mit leicht anziehenden Exporten, wie Lampart ergänzte. Der Chefökonom des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, Simon Wey, hat freilich eine etwas andere Sicht der Dinge.

Der Handelsstreit zwischen den USA und China und der ungewisse Ausgang des Brexit «hängen (...) wie ein Damoklesschwert über der Weltwirtschaft», schrieb Wey kürzlich in einem Zeitungsbeitrag. Für die hiesigen Unternehmen kämen noch die Unsicherheiten rund um das Rahmenabkommen mit der EU und den Abstimmungsausgang der Kündigungsiniziative im nächsten Jahr hinzu.

Als Indiz für die miese Stimmung in den Firmen zog Wey den Einkaufsmanagerindex heran; dieser gilt unter Experten als einer der verlässlichsten Konjunkturindikatoren. Im Juli glitt der Index für den Schweizer Industriesektor auf den tiefsten Stand seit dem Krisenjahr 2009 zurück. Angesichts dieser Ausgangslage sieht der Arbeitgebervertreter «wenig Spielraum für Lohnverhandlungen».

Rückenwind vom Frauenstreik

Die von den Sozialpartnern abgesteckten Verhandlungspositionen sprechen nach Einschätzung von Daniel Lampart für eine «harte Lohnrunde». Dass die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer in den Betrieben unter erheblichem Erwartungsdruck der Mitgliederbasis stehen, «kann uns nur recht sein», so der SGB-Mann. Unia-Präsidentin Vanja Allava hielt den Arbeitgebern vor, «trotz guter Konjunktur auf der

Lohnbremse zu stehen». In den beiden zurückliegenden Jahren seien die Reallöhne insgesamt um 0,5 Prozent gesunken, während gleichzeitig die Arbeitsproduktivität um fast 5 Prozent zugelegt habe.

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität bestimmt mittel- bis längerfristig den Verteilungsspielraum zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Fairness halber sei darauf hingewiesen, dass die Reallöhne in den Jahren 2015 und 2016 stärker gestiegen sind als die Arbeitsproduktivität.

Auslöser hierfür war die Aufhebung des Euromindestkurses Anfang 2015. Obwohl die Unternehmen dadurch stark an preislicher Wettbewerbsfähigkeit einbüssten, verzichteten sie weitgehend auf Lohnkürzungen und Stellenstreichungen. Mit anderen Worten: Der «Frankenschok» wurde grösstenteils über die Gewinnmargen der Firmen abgedefert. Insofern stellen die beiden vergangenen, aus Arbeitnehmernsicht enttäuschenden Lohnrunden eine Kompensation für die Arbeitgeber dar.

Rückenwind erhoffen sich die Gewerkschaften von der enormen Mobilisierungskraft, die der Frauenstreik von Mitte Juni freisetzte. «Die Unternehmen müssen sich der Reputationswirkung im Publikum bewusst sein, wenn sie sich nicht endlich bewegen, um das Gefälle zwischen Männer- und Frauenlöhnen einzubrennen», sagte Syndicom-Chef Daniel Münger. Gleichzeitig ist er überzeugt davon, dass die Arbeitnehmervertreter beim Thema Lohndiskriminierung in manchen Unternehmen auf offenere Ohren stossen würden.